



Forderungen der Bauwirtschaft für 2012

Köln, den 18.03.2011

ZVDH-Präsident Karl-Heinz Schneider forderte in seiner Funktion als Vorsitzender der Bundesvereinigung Bauwirtschaft (BVB), dem Zusammenschluss des Deutschen Bau- und Ausbauhandwerks mit seinen rund 300.000 Betrieben und rund 2,7 Mio. Beschäftigten, anlässlich der Pressekonferenz des Verbandes gestern in München, zwei wichtige Programme des Bundes, nämlich die Städtebauförderung und das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, trotz aller Sparzwänge beim Bundeshaushalt 2012 besser auszustatten.

Schneider wörtlich: „Wir sprechen uns im Rahmen der beginnenden Haushaltsberatungen nachdrücklich dafür aus, im Bundeshaushalt 2012 eine Erhöhung der Städtebaumittel auf mindestens 550 Mio. Euro vorzusehen. Jeder in der Städtebauförderung aus Bundesmitteln eingesetzte Euro mobilisiert ca. 17 Euro weiterer öffentlicher und privater Investitionen, so dass sich das Programm selbst trägt und sich faktisch durch rückfließende Umsatzsteuer mehr als refinanziert.“

Für den Bereich der energetischen Gebäudesanierung forderte Schneider, die KfW-Programme „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ wieder auf mindestens zwei Milliarden Euro aufzustocken und auf dieser Höhe zu verstetigen, um die angestrebten Ziele des Energiekonzepts zu erreichen.

Diese Forderung hat die Bundesvereinigung Bauwirtschaft in dieser Woche in einem breiten Bündnis aus 22 Verbänden – darunter der Deutsche Mieterbund, der

WWF, der NABU wie auch der ZVDH und andere Verbände des deutschen Bau- und Ausbauhandwerks – der Bundesregierung und dem Bundestag vorgelegt.

In den vergangenen Jahren wurde die Fördersumme von 2,25 Milliarden Euro im Jahr 2009 kontinuierlich auf 1,35 Milliarden Euro in 2010 und 0,9 Milliarden Euro in diesem Jahr gesenkt, und das, obwohl ca. 25 Mio. Wohnungen in Deutschland weiterhin sanierungsbedürftig sind. „Entsprechend stagniert die Sanierungsrate, die gesteckten Ziele rücken in weite Ferne.“ So Schneider.

Der Bundeshaushalt sieht aktuell nur 436 Mio. Euro vor. „Vor dem Hintergrund des Moratoriums der Bundesregierung, die Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Atomkraftwerke für drei Monate auszusetzen, muss sichergestellt werden, dass die schon in diesem Jahr aus dem Energie- und Klimafonds der AKW-Betreiber erwarteten 500 Mio. Euro nun aus dem Bundeshaushalt kommen, ansonsten gerät die energetische Gebäudesanierung vollends ins Stocken.“ So die Forderung der BVB.

Schneider verwies einmal mehr auf die Hebelwirkung des Programms: „Ein Euro Förderung löst neun Euro private Investitionen aus. Diese gehen zu etwa 90 Prozent in die lokale Wertschöpfung und in den deutschen Mittelstand. Knapp 300.000 Arbeitsplätze werden so geschaffen oder gesichert. So entstehen durch jeden Euro Fördermittel allein 1,50 Euro an zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen, und zwar im gleichen Haushaltsjahr. Hinzu kommen Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Somit finanziert sich das Programm nicht nur selbst, sondern es erhöht die Einnahmen des Staates.“